

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

15. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung

Sitzungstermin:	Dienstag, 15.07.2025	
Sitzungsbeginn:	16:03 Uhr	
Sitzungsende:	17:52 Uhr	
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Silke Mählenhoff - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Zweite Stellvertr. Stadtpräsidentin		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Kimberly D`Amico - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Kevin Kleinert - CDU		bis 17:30 Uhr
Dr. Marek Lengen - SPD		
Jochen Mauritz - CDU		
Hülya Tac - CDU		
Frank Zahn - SPD		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Ute Czech-Samaratunga - SPD		Vertretung für: Herrn André Marx
Peter Schüler - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Stefan Höfel - Die Fraktion		
Katja Mentz - LINKE & GAL		
Rolf Müller - FDP		
Kirsten Petersohn - SPD		
Paul-Gerhard Röttger - CDU		
Steffen Hamer - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		TOP 5.1 - Vertretung für AM Schüler
Dirk Klar - CDU		ab 17:30 Uhr
Beiratsmitglieder		
Helga Lietzke - Beirat für Senior:innen		nur öffentlicher Teil
Joachim Schulz - Naturschutzbeirat Naturschutzbeirat		nur öffentlicher Teil
Verwaltung		
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung		
Nicholas Benz - 3.030 Fachbereichscontrolling		

Birgit Hartmann - 3.390 Umwelt, Natur u. Verbraucherschutz	
Ute Obel - 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz	
Mathias Mucha - 3.700 Entsorgungsbetriebe Lübeck	von 16:09 Uhr bis 17:12 Uhr
Anita Bahr - 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften	ab 16:25 Uhr
Volker Hutfils - 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz	ab 16:25 Uhr
Lukas Lübke - 5.610 - Stadtplanung und Bauordnung	bis 17:20 Uhr
Protokollführung	
Julia Matthäus - Fachbereichsdienste FB 3	
Gäste	
Sören Winzer - LINKE & GAL	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Markus Stappen - AfD	entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
André Marx - SPD	entschuldigt
Gäste	
Sven Klempau - Stadtfeuerwehrverband	entschuldigt
Klaus Cohrs - Stadtfeuerwehrverband	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.06.2025	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Mitteilungen der Vorsitzenden	
3.1.1	Ausschusssitzung am 16.09.2025	
3.1.2	Mitteilung zur AG FEU	
3.2	Mitteilungen der Fachbereichsleitung	
3.2.1	Wechsel der Bereichsleitung - 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz	
3.2.2	Masterplan Klimaschutz und Kommunale Wärmeplanung	
3.2.3	Mündlicher Bericht zur Umsetzung des Winterdienstkonzept auf Radwegen in der Hansestadt Lübeck zu Vorlage VO/2023/12406	
3.3	Beantwortung von Anfragen	
3.3.1	Antwort auf Anfrage: AM Frank Zahn zum unsachgemäßen Umgang mit "Gelben Säcken".	VO/2025/14251-01
3.3.2	Antwort auf die Anfrage des AM Frank Zahn: Strandnutzung durch Auszubildende der Feuerwehrakademie	VO/2025/14252-01
3.4	Neue Anfragen	
3.4.1	AM Katja Mentz (GAL): Schutz von Polizei und Community vor queerfeindlichen Hasskampagnen	VO/2025/14368
3.4.2	AM Katja Mentz (GAL): Regelung für Straßenumzüge des Lübecker Volksfestes u.ä.	VO/2025/14373
3.4.3	AM Jochen Mauritz (CDU) - Anfrage zu: AM Katja Mentz (GAL): Maßnahmen zum Erhalt und Schutz des Naturschutzgebiets Wakenitz und zur Förderung der Biodiversität	VO/2025/14226-02
3.4.4	Mündliche Anfrage AM Zahn: Sachstand zur VO/2025/13874-01 - Zivile Verteidigung	
3.4.5	Mündliche Anfrage AM Zahn: Sachstand zur Auszahlung	

	der Ehrenamtszuschale	
4	Berichte	
4.1	Aufbau und Aufgaben der Klimaleitstelle	VO/2025/14377
4.2	Treibhausgasneutrale Verwaltung	VO/2025/14197
5	Beschlussvorlagen	
5.1	148. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Teilbereich Ivendorfer Landstraße/Solarpark -abschließender Beschluss Bebauungsplan 31.09.00- Ivendorfer Landstraße/Solarpark - Satzungsbeschluss	VO/2025/14339
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Fraktion Linke & GAL, AT: Einrichtung einer Energieagentur / eines Kompetenzzentrums Klimaneutralität	VO/2025/14000-01
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Katja Mentz (GAL): Maßnahmen zum Erhalt und Schutz des Naturschutzgebiets Wakenitz und zur Förderung der Biodiversität	VO/2025/14226
7.2	AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Ausgleichsflächen für Lübeck auffindbar machen	VO/2025/14329
8	Polizeibeirat	
9	Verschiedenes	
9.1	Mündliche Mitteilung AM Zahn - Rückmeldung zur Überlassung von Feuerwehrfahrzeugen an die Ukraine	
9.2	Mündliche Mitteilungen bezüglich der AG FEU	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 15. Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit. Es wird festgestellt, dass die Sitzung fristgerecht einberufen wurde und die Tagesordnung allen Teilnehmer:innen zugegangen ist.

Die Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Ferner macht die Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Befangenheit:

AM Schüler erklärt seine Befangenheit zu TOP 5.1. AM Schüler wird zu TOP 5.1 von AM Hamer vertreten.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

Die Vorsitzende begrüßt Frau Ute Obel und Frau Birgit Hartmann. Frau Obel ist seit dem 01.07.2025 Bereichsleiterin der UNV und übernimmt somit die Funktion von Frau Hartmann. Zudem begrüßt die Vorsitzende Herrn Lukas Lübke zu TOP 5.1. Des Weiteren teilt die Vorsitzende mit, dass Herr Mathias Mucha von der EBL zu TOP 3.2.3 und TOP 3.3.1, Frau Anita Bahr aus dem Bereich 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften und Herr Volker Hutfils aus dem Bereich 3.390 zu TOP 14.1 anwesend sein werden.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

Die Vorsitzende gibt bekannt, dass der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 17.06.2025 einen Beschluss im nichtöffentlichen Teil gefasst hat:

Es wurde empfohlen, folgenden Beschaffungen:

1. Die Beschaffung von 4 Mittleren Löschfahrzeugen für die Feuerwehr
2. Die Beschaffung von Fahrzeugbeladung für 16 Löschgruppenfahrzeuge
3. Die Beschaffung von Atemschutztechnik.

zuzustimmen.

Der Hauptausschuss habe in der letzten Sitzung bezüglich der Vorlage auch zugestimmt.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

Verpflichtung:

Die Vorsitzende verpflichtet die stellvertretenden bürgerlichen Ausschussmitglieder Herrn Sören Winzer und Herrn Dirk Klar mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

Zur Tagesordnung:

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

TOP 3.4.3 – VO/2025/14226-02: AM Jochen Mauritz (CDU) – Anfrage zu: AM Katja Mentz (GAL): Maßnahmen zum Erhalt und zum Schutz des Naturschutzgebiets Wakenitz und zur Förderung der Biodiversität.

TOP 4.2 – VO/2025/14197: Bericht: Treibhausneutrale Verwaltung.

TOP 14.1 – Dringlichkeitsantrag: VO/2025/14324 – Beauftragung einer Maßnahme zum Schutz gegen Gefahren durch Altlasten und zur Wiedernutzung brachliegender Flächen.

Die Vorsitzende lässt über die Dringlichkeit TOP 14.1 abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig der Dringlichkeit TOP 14.1 zu.

Es wird gebeten TOP 4.1: Aufgaben und Zuständigkeiten der Klimaleitstelle gemeinsam mit TOP 6.1: Einrichtung einer Energieagentur / eines Kompetenzzentrums unter TOP 6.1 zu behandeln.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig der Zuordnung zu.

Es wird gebeten TOP 7.1: Maßnahmen zum Erhalt und Schutz des Naturschutzgebiets Wakenitz und zur Förderung der Biodiversität gemeinsam mit TOP 7.3: Ergänzungsantrag sowie TOP 3.4.3: Anfrage von AM Mauritz unter TOP 7.1 zu behandeln.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig der Zuordnung zu.

AM Mauritz beantragt die Vertagung von TOP 7.1 und TOP 3.4.3. Hierzu sprechen, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, AM Mauritz, Senator Hinsen, AM Röttger, AM Zahn und AM Mühlenhoff. Die Vorsitzende lässt über die Vertagung von TOP 7.1 und TOP 3.4.3 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, keine Enthaltung

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung beschließt die Beratung der Vorlagen zu vertagen.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP 14.1 abstimmen:

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt der nichtöffentlichen Beratung der Angelegenheit unter TOP 14.1 einstimmig zu.

Die Vorsitzende teilt mit, dass gem. § 39 Abs. 3 der GeschO der Bürgerschaft über die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor Eintritt abzustimmen ist. Die Vorsitzende lässt über die Teilnahme von Herrn Nicholas Benz (FBC), Frau Ute Obel, Frau Birgit Hartmann, Herrn Volker Hutfils (UNV), Frau Anita Bahr (Wirtschaft und Liegenschaft) abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung beschließt einstimmig die Tagesordnung nach Maßgabe der gefassten Beschlüsse.

zu 2	Genehmigung der Niederschrift
-------------	--------------------------------------

zu 2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.06.2025
---------------	---

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Mitteilungen der Vorsitzenden

zu 3.1.1 Ausschusssitzung am 16.09.2025

Die Vorsitzende teilt mit, dass die Sitzung im August aufgrund der Sommerferien entfalle.

Die nächste Sitzung soll am 16.09.2025 mit Teilnahme des Polizeibeirates stattfinden.
Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.1.2 Mitteilung zur AG FEU

Die Vorsitzende teilt mit, dass am 01.07.2025 die AG FEU stattgefunden habe. Neben der Vorlage der Stärkung der zivilen Verteidigung und Krisenmanagement sei auch die Fahrzeugbedarfsplanung der Feuerwehr vorgestellt worden.

Des Weiteren habe die Vorsitzende in der Sitzung bekannt gegeben, dass sie als Sprecherin für Sicherheit und Ordnung der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zurückgetreten sei. Frau Kimberly D'Amico sei bereits als Nachfolge für diese Funktion benannt.

Anmerkung zur Niederschrift:

Die Präsentation „Feuerwehrbedarfsplan – Fahrzeugbedarfsplanung“ ist der Niederschrift beigelegt (Nicht öffentlich).

zu 3.2 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

zu 3.2.1 Wechsel der Bereichsleitung - 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz

Senator Hinsen teilt mit, dass seit dem 01.07.2025 Frau Ute Obel die Funktion als Bereichsleiterin des Bereiches 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz aufgenommen habe.

Frau Hartmann werde ab August in die Freizeitphase der Altersteilzeit gehen. Dies sei somit als letzte Sitzung auch die Verabschiedung von Frau Hartmann aus dem USO-Ausschuss.

Die offizielle Verabschiedung aus der Verwaltung sei zu einem anderen Zeitpunkt geplant. Senator Hinsen und der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung bedanken sich bei Frau Hartmann für die gute Zusammenarbeit und wünschen ihr alles Gute.

Senator Hinsen begrüßt Frau Obel und wünscht ihr für ihre zukünftige Tätigkeit alles Gute. Es folgt eine kurze Vorstellung von Frau Obel.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2.2 Masterplan Klimaschutz und Kommunale Wärmeplanung

Frau Hartmann berichtet über aktuelle Sachstände zum Masterplan Klimaschutz und Kommunale Wärmeplanung anhand zwei Präsentationen. Die Präsentationen werden der Niederschrift beigelegt.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2.3 Mündlicher Bericht zur Umsetzung des Winterdienstkonzept auf Radwegen in der Hansestadt Lübeck zu Vorlage VO/2023/12406

Senator Hinsen leitet in das Thema ein. Der Umweltausschuss habe seinerzeit Bedenken zum Winterdienstkonzept bezüglich des geplanten Salzeinsatz unter dem Umweltaspekt geäußert. Entsprechend habe die EBL ein Monitoring der Einsätze vorgenommen. Über die daraus resultierenden Ergebnisse bezüglich der unmittelbaren Auswirkungen auf die Natur berichtet Herr Mucha. Des Weiteren wird über die Einsätze auf den Radwegen berichtet. Herr Mucha beantwortet die Fragen von AM Höfel und AM Mentz.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.3 Beantwortung von Anfragen

zu 3.3.1 Antwort auf Anfrage: AM Frank Zahn zum unsachgemäßen Umgang mit "Gelben Säcken". Vorlage: VO/2025/14251-01

Senator Hinsen beantwortet AM Zahn weitere Nachfragen bezüglich des unsachgemäßen Umgangs mit „Gelben Säcken“.

AM Zahn bittet um Prüfung, ob seitens der Stadt eine Satzung bezüglich des zeitgerechten Bereitstellens der gelben Säcke zur Abholung möglich sei. Herr Mucha beabsichtigt, dies prüfen zu lassen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

Antwort zur Anfrage:

Im Rahmen des Dualen Systems Deutschland werden in Lübeck „Gelbe Säcke“ durch die Firma Veolia Umweltservice Nord GmbH eingesammelt und verwertet.

Leider werden immer wieder „Gelbe Säcke“ nicht zeitgerecht zur Abholung bereitgestellt. Dieses führt dazu, dass Krähen und andere Tiere sowie Wind und Sturm diese am Strassenrand bereitgestellten Säcke beschädigen und die gesammelten Kunststoffe, Metalle und Verbundmaterialien die Umwelt verschmutzen (z.B. auch in der Mühlenstrasse).

In diesem Zusammenhang bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Wie oft wird bei der Ordnungsbehörde Klage über den o.a. Sachverhalt eingereicht?

Antwort zu Frage 1: Beschwerden wurden bislang nur vereinzelt und sporadisch an das Ordnungsamt herangetragen. Diese Beschwerden beziehen sich regelmäßig auf ein möglicherweise verfrühtes Abstellen der Gelben Säcke.

- 2. Wieviele Beschwerden oder Anzeigen hat der KOD bzw. das Ordnungsamt über die unsachgerechte Bereitstellung von „Gelben Säcken“ in 2024 verfolgt und geahndet?

Antwort zu Frage 2: Entsprechende Zahlen werden statistisch nicht erfasst.

- 3. Welche Ahnungsoptionen hat das Ordnungsamt bzw. Polizei bei festgestellten Verstößen?

Antwort zu Frage 3: Nach Kenntnis des Ordnungsamtes sollen Gelbe Säcke am Abholtag bis spätestens 06:00 Uhr an die Straße gestellt werden. Eine gesetzliche Vorgabe hierzu besteht jedoch nicht. Die Abfallwirtschaftssatzung der Hansestadt Lübeck findet nach Mitteilung der EBL auf Gelbe Säcke keine Anwendung, da hier keine Zuständigkeit besteht (§ 17 KrWG). Eine Ahndung als unzulässige Abfallablagerung setzt zudem die Ermittlung des Täters voraus. Dies gestaltet sich bei Abfällen, die im Rahmen des gelben Sacks gesammelt werden, grundsätzlich sehr schwierig. Es handelt sich bei den gesammelten Abfällen in der Regel um Verpackungen von Lebensmitteln und Verpackungsmaterial, z.B. Styropor. Lediglich in einem sehr geringen Umfang werden heutzutage im Versandhandel Plastiktüten zum Versand genutzt, welche dann auch mit Adressetiketten ausgestattet sind. Der KOD untersucht festgestellte Abfallablagerungen dahingehend, ob Adressetiketten feststellbar sind und ermittelt dann gegen die darauf genannten Personen. Jedoch ist diesen in der Regel der Tatvorwurf nicht unmittelbar vorzuhalten, da die falsche Befüllung von Abfallsäcken oder das zu frühe Rausstellen auch durch andere Personen erfolgen kann oder auch die Abfalleigenschaft der festgestellten Versandtüten erst zu einem späteren Zeitpunkt eingetreten ist, in dem der ursprüngliche Adressat nicht mehr die tatsächliche Sachherrschaft über diese ausgeübt hat.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.3.2 Antwort auf die Anfrage des AM Frank Zahn: Strandnutzung durch Auszubildende der Feuerwehrakademie
Vorlage: VO/2025/14252-01**

AM Zahn bedankt sich für die Antwort.
Auf Nachfrage der Vorsitzenden keine weiteren Wortmeldungen.

Antwort zur Anfrage:

Das AM Frank Zahn hat in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 13.05.2025 folgende Anfrage gestellt:

Anfrage:

Seit 2023 werden an der Akademie der Feuerwehr Lübeck jährlich bis zu 50 Feuerwehrfrauen- und -männer ausgebildet. Die Auszubildenden kommen aus ganz Schleswig-Holstein zur Absolvierung einer Feuerwehrgrundausbildung nach Lübeck.

Als Wohlfühlfaktor während dieser schwierigen Ausbildung kann ein Strandbesuch beitragen. Die Satzung der Hansestadt Lübeck über die Ordnung im Strandgebiet im Kurort und Seeheilbad Travemünde (Strandsatzung), ermöglicht Auszubildenden einen kostenfreien Zugang zu den Lübecker Stränden.

In diesem Zusammenhang bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Fallen auch die Auszubildenden der Feuerwehrakademie für den Ausbildungszeitraum unter diese Regelung?*
- 2. Wie weisen sich die Auszubildenden gegenüber einer Kontrolle als Lehrgangsteilnehmende aus?*

Antwort:

Zu 1. – Anwendbarkeit der Befreiung auf Auszubildende der Feuerwehrakademie Lübeck
Nach § 14, Satz 1, Buchstabe f. der Satzung der Hansestadt Lübeck über die Erhebung von Kurabgabe und Strandbenutzungsgebühr im Stadtteil Kurort und Seeheilbad Travemünde (Kurabgabensatzung) sind Auszubildende, die an Lehrgängen oder Berufsschulunterricht in Lübecker Bildungseinrichtungen teilnehmen mit entsprechendem Nachweis von der Strandbenutzungsgebühr befreit. Diese Regelung spiegelt sich auch im § 2, Absatz 2, Buchstabe g) der Satzung der Hansestadt Lübeck über die Ordnung im Strandgebiet im Stadtteil Kurort und Seeheilbad Travemünde (Strandsatzung) wider.

Die Feuerwehrakademie Lübeck führt die feuerwehrtechnische Grundausbildung sowohl für Anwärter:innen der Hansestadt Lübeck als auch für entsandte Kräfte anderer schleswig-holsteinischer Feuerwehren (z. B. Neumünster, Norderstedt, Fehmarn) durch. Diese Personen stehen während ihres Vorbereitungsdienstes in einem öffentlich-rechtlichen Beamtenverhältnis auf Widerruf. Der Status ist durch eine Ernennungsurkunde dokumentiert.

Auch wenn Anwärter im Vorbereitungsdienst formal nicht als Auszubildende im Sinne des Berufsbildungsgesetzes gelten, erfüllen sie aufgrund der Struktur, Zielrichtung und Form des Dienstverhältnisses die Voraussetzungen der o. g. Befreiung in vergleichbarer Weise. Die Ausbildung erfolgt im Rahmen eines geregelten Curriculums an einer städtischen Bildungseinrichtung (Feuerwehrakademie Lübeck) und dient damit dem Erwerb der Laufbahnbefähigung für den feuerwehrtechnischen Dienst. Damit die eine gleichwertige Anwendung der

Regelung sachlich gerechtfertigt. Der Befreiungstatbestand gilt somit auch für die o. g. Anwärter:innen.

Zu 2. – Nachweis der Ausbildungszugehörigkeit bei Strandbesuchen

Die Anwärter:innen der Feuerwehrakademie Lübeck verfügen zwar über einen Dienstaussweis, dieser enthält jedoch keinen expliziten Hinweis auf den Anwärterstatus. Mit der Feuerwehrakademie wurde seitens des Kurbetriebes daher vereinbar, auf Wunsch eine entsprechende Bescheinigung über die Teilnahme am Vorbereitungsdienst (mit Name, Vorname, Zeitraum der Ausbildung, Unterschrift, Stempel) auszustellen, die bei Strandbesuchen des Seebades Travemünde als Nachweis für die Befreiung mitgeführt werden muss.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.4 Neue Anfragen

zu 3.4.1 AM Katja Mentz (GAL): Schutz von Polizei und Community vor queerfeindlichen Hasskampagnen Vorlage: VO/2025/14368

Die Vorsitzende teilt mit, dass die Anfrage in der folgenden Sitzung mit Teilnahme des Polizeibeirates beantwortet werden solle. Senator Hinsin ergänzt, dass bezüglich der Anfrage der Lübecker Bezug fehle. In der Anfrage sei weder der Landtagsabgeordnete benannt, noch konkret die Äußerung genannt.

Anfrage:

Hintergrund:

Im Nachgang des CSD in Norderstedt, bei dem auch der Lübeck Pride e. V. vertreten war, veröffentlichte eine Landtagsabgeordnete der AfD aus Niedersachsen ein diffamierendes Posting gegen die Veranstaltung und die dort eingesetzte LGBTIQ-Ansprechstelle der Landespolizei Schleswig-Holstein. Der Beitrag erreichte auf der Plattform „X“ (ehemals Twitter) fast 500.000 Aufrufe und löste eine Welle queerfeindlicher und polizeifeindlicher Kommentare aus – über 2.000 Beiträge, darunter zahlreiche Schmähungen und gezielte Angriffe auf Polizeibedienstete, die sich für Vielfalt und Grundrechte einsetzen.

Dieser Vorfall ist exemplarisch für eine Strategie rechter Akteur*innen, queere Sichtbarkeit und staatliche Institutionen gegeneinander auszuspielen und das Vertrauen in demokratische Strukturen zu untergraben. Besonders problematisch ist, dass die Polizei – als Garantin des Grundgesetzes – ins Visier genommen wird, wenn sie ihre Schutzfunktion gegenüber marginalisierten Gruppen wahrnimmt.

Mit Blick auf bevorstehende Veranstaltungen wie den Lübeck Pride stellt sich die Frage, wie die Stadt Lübeck, die Polizei und andere Institutionen auf diese Entwicklungen reagieren und wie sie queere Initiativen und Einsatzkräfte gleichermaßen vor digitalem und physischem Hass schützen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie bewertet die Stadtverwaltung die queerfeindlichen und polizeifeindlichen Angriffe im Nachgang des CSD Norderstedt durch die AfD-Landtagsabgeordnete aus Niedersachsen?
2. Welche Schlussfolgerungen zieht die Stadt Lübeck im Hinblick auf anstehende Veranstaltungen wie den Lübeck Pride aus dieser öffentlichkeitswirksamen Hasskampagne?
3. Welche konkreten Schutzmaßnahmen plant die Polizei Lübeck für queere Veranstaltungen, um sowohl die Sicherheit der Teilnehmenden als auch der unterstützenden Einsatzkräfte zu gewährleisten?
4. Wie erfolgt die Gefahrenanalyse im Hinblick auf gezielte digitale Mobilisierung durch rechtsextreme oder queerfeindliche Gruppen?
5. Welche Unterstützungssysteme stehen Polizeibediensteten zur Verfügung, die durch Hassrede und persönliche Angriffe im Netz belastet sind – etwa psychologische Betreuung oder juristische Unterstützung?
6. Welche Rolle spielt der Staatsschutz bei der Bewertung solcher digitaler Angriffe gegen die Polizei im Kontext queerfeindlicher Hasskampagnen?
7. Wie werden potenzielle Nachwirkungen auf zukünftige Veranstaltungen bewertet – etwa im Hinblick auf Selbstzensur, Rückzug von Ehrenamtlichen oder Vertrauensverlust in staatlichen Schutz?
8. Gibt es Überlegungen, eine städtische oder polizeiliche Task-Force zum Schutz vor digitalem Hass gegen marginalisierte Gruppen und ihre Unterstützer*innen in der Exekutive einzurichten?
9. Wie plant die Stadt, sich öffentlich sichtbar mit den angegriffenen Beamt*innen und **zivilgesellschaftlichen Akteur*innen** solidarisch zu zeigen – etwa durch offizielle Erklärungen, öffentliche Veranstaltungen oder digitale Gegenrede?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

zu 3.4.2 AM Katja Mentz (GAL): Regelung für Straßenumzüge des Lübecker Volksfestes u.ä.

Senator Hinsen beantwortet die Frage mündlich. Zu Frage 1 teilt Senator Hinsen mit, dass für die Genehmigung die Straßenverkehrsbehörde zuständig sei. Diese könne nur auf die straßenverkehrsrechtlichen Vorgaben Einfluss nehmen, nicht auf die gewünschten Vorgaben.

Zu Frage 2 berichtet Senator Hinsen, dass es in Nordrhein-Westfalen keine rechtliche Regelung bezüglich des Anteil der „Kamellen“ aus fairen Handel gäbe. Dies sei eine Selbstverpflichtung der Karnevalsvereine.

Hierzu spricht AM Mentz.

Anfrage:

Beim Lübecker Volksfestumzug wurde von einigen Wagen buntes Papierkonfetti und glitzerndes Folienkonfetti geworfen. Entlang der Route fand sich hinterher viel Müll auf Straßen und Gehwegen sowie mit Schnipseln verstopfte Regenwasserabläufe (siehe Fotos/ Anlage). Die Entsorgungsbetriebe übernahmen anschließend die Reinigungsarbeiten.

1. Gibt es Vorgaben vonseiten der Hansestadt Lübeck, welche Art von Material (z.B. biologisch abbaubar, ohne Chemikalien) und welche Mengen von den Festwagen beim Volksfestumzug oder CSD geworfen werden darf?

2. Gibt es Regelungen, dass, wie in Nordrhein-Westfalen, ein bestimmter Anteil der "Kamellen" aus fairem Handel stammen sollen ("Jecke Fairsuchung")?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt die Anfrage und Antwort zur Kenntnis.

**zu 3.4.3 AM Jochen Mauritz (CDU) - Anfrage zu: AM Katja Mentz (GAL): Maßnahmen zum Erhalt und Schutz des Naturschutzgebiets Wakenitz und zur Förderung der Biodiversität
Vorlage: VO/2025/14226-02**

Gemäß TOP 1 vertagt.

Anfrage:

Wie viele Einleitungsgenehmigungen und an wen in den Niemarker Landgraben sind erteilt worden?

Wieviel Wasser darf über die Drosselbauwerke in den Landgraben eingeleitet werden?

Warum führt der Landgraben immer Hochwasser?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 3.4.4 Mündliche Anfrage AM Zahn: Sachstand zur VO/2025/13874-01 - Zivile Verteidigung

AM Zahn fragt bezüglich des Sachstandes. Für die Projektgruppe sollten 4 Stellen intern umbesetzt werden. Sei diese Maßnahme umgesetzt und somit auch die Projektgruppe gestartet?

Senator Hinsen beantwortet die Frage mündlich. Hierauf soll in der nächsten Sitzung im Rahmen der Haushaltsdebatte Bezug genommen werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.4.5 Mündliche Anfrage AM Zahn: Sachstand zur Auszahlung der Ehrenamtspauschale

AM Zahn fragt bezüglich nach dem aktuellen Sachstand zur Auszahlung der Ehrenamtspauschale. Senator Hinsen beantwortet die Frage mündlich. Hierzu sei in der kommenden Sitzung auch ein Bericht geplant. Hierzu sprechen AM Zahn, Senator Hinsen, AM Mählenhoff.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 4 Berichte

**zu 4.1 Aufbau und Aufgaben der Klimaleitstelle
Vorlage: VO/2025/14377**

Gemäß TOP 1 wird TOP 4.1 und TOP 6.1 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 6.1 wiedergegeben. Die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

Bericht:

Mündliche Anfrage von AM Mauritz im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung zu Aufgaben und Zuständigkeiten der Mitarbeiter:innen der Klimaleitstelle.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

**zu 4.2 Treibhausgasneutrale Verwaltung
Vorlage: VO/2025/14197**

Frau Hartmann stellt den Bericht kurz mündlich vor und beantwortet die Frage von AM Mählenhoff.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

Bericht:

Der Senat nimmt den Sachstandsbericht I – Treibhausgasneutrale Verwaltung zur Kenntnis und stimmt dem darin skizzierten Vorgehen zu.

Der Senat stimmt für das Ziel Treibhausgasneutralität der Kernverwaltung vor dem Jahr 2035.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 5	Beschlussvorlagen
-------------	--------------------------

zu 5.1	148. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Teilbereich Ivendorfer Landstraße/Solarpark -abschließender Beschluss Bebauungsplan 31.09.00- Ivendorfer Landstraße/Solarpark - Satzungsbeschluss Vorlage: VO/2025/14339
---------------	---

AM Schüler erklärt sich für TOP 5.1 für Befangen und verlässt den Sitzungsraum. AM Hamer übernimmt die Teilvertretung für AM Schüler zu TOP 5.1.

Hierzu sprechen, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, AM Mauritz, AM Kleinert, AM Röttger, AM Mählenhoff, Senator Hinsens, AM Petersohn, AM Zahn.

Herr Lübke teilt mit, dass die Nachfragen von AM Mauritz und AM Kleinert im Bauausschuss am 21.07.2025 beantwortet würden.

Die Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) und der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB zum Entwurf der 148. Änderung des Flächennutzungsplanes und zum Entwurf des Bebauungsplanes 31.09.00 – Ivendorfer Landstraße/Solarpark – abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlichen Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck geprüft und in die Abwägung eingestellt. Gleiches gilt für die Stellungnahmen aus vorangehenden Beteiligungsverfahren nach den §§ 3 und 4 BauGB, soweit sie für die Abwägungsentscheidung zum zu den Bauleitplänen noch von Belang sind. Der Bericht zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der durchgeführten Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) gebilligt. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
2. Die 148. Änderung des Flächennutzungsplanes wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 3) beschlossen. Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 3) gebilligt.
3. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die Änderung des Flächennutzungsplanes dem Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleich-

stellung des Landes Schleswig-Holstein gemäß § 6 Abs. 1 BauGB zur Genehmigung vorzulegen.

4. Auf Grund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie nach § 86 der Landesbauordnung wird der Bebauungsplan 31.09.00 – Ivendorfer Landstraße/Solarpark – in der vorliegenden Fassung (Anlage 4) als Satzung beschlossen.
Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 7) gebilligt.
5. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die Erteilung der Genehmigung der 148. Änderung des Flächennutzungsplanes gemäß § 6 Abs. 5 BauGB sowie den Beschluss des Bebauungsplanes durch die Bürgerschaft gemäß § 10 Abs. 3 BauGB sowie die Berichtigung des Flächennutzungsplans ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig die Annahme der Beschlussvorlage.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 6.1 Fraktion Linke & GAL, AT: Einrichtung einer Energieagentur / eines Kompetenzzentrums Klimaneutralität Vorlage: VO/2025/14000-01

Gemäß TOP 1 wird TOP 4.1 und TOP 6.1 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 6.1 wiedergegeben. Die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

TOP 4.1

Frau Hartmann stellt die VO/2025/14377 anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

TOP 6.1

Senator Hinsen berichtet über den aktuellen Sachstand. Unter anderen sei ein „Letter of Intent“ an benachbarte Kommunen übersendet worden. Zudem beantwortet Senator Hinsen die Frage von AM Kleinert.

AM Mentz beantragt die Vertagung um die Kenntnisse aus den ggf. eingehenden Rückmeldungen zu berücksichtigen.

Die Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme.

Antrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Gründung und Einrichtung einer kommunalen Energieagentur / eines Kompetenzzentrums Klimaneutralität zu initiieren.

Damit soll in Lübeck eine Anlaufstelle geschaffen werden, die nach dem Konzept einer „One-Stop-Agency“ aus einer Hand Beratung und Unterstützung anbietet sowie motivierende Beteiligungs- und Informationsformate für Bürger:innen, Unternehmen, Organisationen und Vereine organisiert und lokale Akteur:innen vernetzt.

Bis zur Bürgerschaftssitzung im Juli 2025 soll ein Konzept vorgelegt werden, das den finanziellen Mittel- und Personalstellenbedarf darstellt und Finanzierungsmöglichkeiten durch u.a. Fördermittel aufzeigt.

Sofern umliegende Gemeinden Interesse zeigen, sich an einer Energieagentur zu beteiligen, sollen die Möglichkeiten einer regionalen Ausweitung der Angebote und Aufgaben sowie der erweiterte Personalbedarf aufgezeigt werden.

Einzubindende Gruppen sind weitere Bereiche der Hansestadt Lübeck, Stadtwerke Lübeck, Wirtschaftsförderung Lübeck, Handwerkerschaft, Klima pro Lübeck, Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein, Finanzinstitute, Förder- und Finanzierungsexpert:innen, Hochschulen, bestehende Bürgerenergiegenossenschaften und ggf. weitere.

Zukünftige Aufgaben einer Wärme- und Energieagentur:

- Kampagnen zur Wärmewende und zum Klimaschutz für Bürger:innen und im Gewerbe¹ durchführen
- Beratung für Gebäudeeigentümer:innen zur Wärmewende, zu Klimaschutz und Klimaanpassung
- Fördermöglichkeiten für die Energiewende im Gewerbe² und für Bürger:innen³ aufzeigen und bereitstellen
- Information, Beratung und Unterstützung für die Gründung von Genossenschaften als Betreibermodell von Wärmenetzen in Quartieren, die nicht für den Anschluss ans Fernwärmenetz vorgesehen sind
- Projekte entwickeln und umsetzen, wie z.B.
 - (Quartiers-)Befragungen durchführen und Beteiligungsformate entwickeln, die in Kooperation mit Handwerksbetrieben, Energieberater:innen sowie Förder- und Finanzierungsexpert:innen für Bürger:innen und Gewerbetreibende in den Quartieren durchgeführt werden
 - Organisation von Informationsveranstaltungen wie „Tag der offenen Tür“, um erfolgreiche Musterbeispiele für energetische Sanierungen und Heizsysteme für unterschiedliche Gebäudetypen erlebbar zu machen und zu zeigen, wie Klimaschutzmaßnahmen direkt den Alltag verbessern, z.B. durch geringere Energiekosten
- Einrichtung und organisatorische Unterstützung eines fachkundigen Beirats (bestehend aus Akteur:innen der Zivilgesellschaft, sozialen Trägern, Kirchengemeinden, lokalem Handwerk, Architekt:innen, Wohnungswirtschaft, Mieterbund, politischen Parteien, Umweltschutzorganisationen, Stadtwerke und ggf. weitere) als Netz von Multiplikator:innen zur Verbesserung des Informationsflusses und des Dialogs.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 AM Katja Mentz (GAL): Maßnahmen zum Erhalt und Schutz des Naturschutzgebiets Wakenitz und zur Förderung der Biodiversität
Vorlage: VO/2025/14226**

Gemäß TOP 1 vertagt.

Antrag:

Die Mitglieder des Umweltausschusses beschließen:

1. Gewässerpflegeplan

Die Hansestadt Lübeck erstellt für die Wakenitz und die auf Lübecker Gebiet liegenden Nebenbäche einen Gewässerpflegeplan. Der Pflegeplan soll Schutz- und Entwicklungsmaßnahmen enthalten, die für die Erhaltung und Entwicklung bestimmter, gefährdeter Pflanzen- und Tierarten und ihrer Lebensräume erforderlich sind. Hierbei sollen auch die Zuflüsse sowie die Ursachen von Schadstoffeinträgen und die Minimierung in Betracht genommen werden.

Naturschutzgruppen, Landwirte, Vereinigung der Wakenitz-Angler e.V., der Kreis Herzogtum Lauenburg, Lübeck Port Authority, die zuständigen Landesministerien Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sollen einbezogen werden, um einen möglichst ganzheitlichen, kreis- und länderübergreifenden Ansatz verfolgen zu können.

2. Monitoring Flora und Fauna

Es wird eine Bestandsaufnahme durch- und ein dauerhaft fortlaufendes Monitoring für Pflanzen und Tiere in dem Lübecker Teil des Naturschutzgebietes eingeführt.

3. Pilotprojekt Schilf

Kurzfristig wird ein Pilotprojekt zur Renaturierung initiiert, und in einem abgegrenzten Untersuchungsgebiet erforscht, wie Schilf wieder dauerhaft an den Ufern angesiedelt werden kann. Damit soll die ursprüngliche Artenvielfalt wieder hergestellt und möglichst erhöht werden.

Bisherige Erkenntnisse, wie z.B. durch das Schilfprojekt der Thomas-Mann-Schule und des offenen Lübecker Labors (LoLa) sowie jahrzehntelange Erfahrungen und Beobachtungen von Lübecker Naturschützer:innen sollen einbezogen werden.

4. Pilotprojekt Renaturierung Niemarkter Landgraben

Der Niemarkter Landgraben, als Zufluss zur Wakenitz, wird ebenfalls zum Untersuchungsgebiet und Pilotprojekt für eine Renaturierung. Es soll ermittelt und evaluiert werden, wie hoch die Schadstoffeinträge in und über den Niemarkter Landgraben in die Wakenitz durch die Landwirtschaft und ggf. die Deponie Niemark

sind und mit welchen Maßnahmen diese verhindert oder mindestens minimiert werden können, z.B. durch Einrichtung und Einhaltung eines mindestens zehn Meter breiten Uferschutzstreifens. Als weitere Maßnahme soll geprüft werden, ob der mit Nährstoffen angereicherte Schlamm (u.a. an der Mündung der Grönau), der teilweise eine drei Meter dicke Schicht bildet, in kleinen Teilabschnitten behutsam mit Saugbaggern entfernt und fachgerecht entsorgt werden kann. Auch soll die Einrichtung einer Retentionsfläche innerhalb des Niemarker Landgrabens in Betracht gezogen werden, damit vor Mündung in die Wakenitz verhindert wird, dass abgelagerter Schlamm und darin enthaltene schädliche Stoffe z.B. bei vermehrtem Starkregen in die Wakenitz geschwemmt wird.

5. Personal- und Sachkosten

Für alle oben genannten Maßnahmen ist der zusätzliche Personal- und Sachkostenbedarf bis zur Haushaltssitzung 2026 zu ermitteln und zu benennen. Mit dem Land Schleswig-Holstein und auf Bundesebene ist zu klären, ob Landes- oder Bundesmittel zur Verfügung gestellt bzw. beantragt werden können.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 7.2 AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Ausgleichsflächen für Lübeck auffindbar machen
Vorlage: VO/2025/14329

AM Mählenhoff erläutert ihren Antrag. Hierzu spricht Frau Hartmann.

Die Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Antrag:

Die Verwaltung möge bis September 2025 sicherstellen, dass die Ausgleichsflächen der Stadt HL im Geoportal aufzufinden sind.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	

	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt dem Antrag einstimmig zu.

zu 8 Polizeibeirat

Die nächste Teilnahme des Polizeibeirates ist für den 16.09.2025 geplant.

zu 9 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 9.1 Mündliche Mitteilung AM Zahn - Rückmeldung zur Überlassung von Feuerwehrfahrzeugen an die Ukraine

AM Zahn informiert, dass sich die Flüchtlingshilfe für die zur Verfügung gestellten Feuerwehrfahrzeuge bedankt habe. Diese Fahrzeuge seien in der Ukraine täglich im Einsatz. AM Zahn bedankt sich bei allen Beteiligten, die das ermöglicht haben.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 9.2 Mündliche Mitteilungen bezüglich der AG FEU

Anmerkung zur Niederschrift:

Am 26.06.2025 wurde in der Bürgerschaftssitzung unter TOP 9.1.1 die Vorlage 2025/13874-02-01 Austausch Antrag zu: Interfraktioneller Ergänzungs- und Änderungsantrag von CDU, BÜ90/DIE GRÜNEN, FDP zu: Einrichtung einer Projektgruppe „Stärkung Zivile Verteidigung und Krisenmanagement“ mehrheitlich beschlossen.

AM Zahn teilt sein Missfallen bezüglich des Beschlusses mit. Die AG Feu sei seinerzeit als freiwilliger Zusammenschluss gegründet wurden. AM Zahn empfindet es als unerhört, dass der geplante Arbeitskreis Zivilschutz der AG Feu zugeordnet werden solle. Dies habe er auch in der Bürgerschaft zum Ausdruck gebracht.

AM Höfel berichtet ergänzend aus der AG FEU Sitzung, dass u. a. das Tanklöschfahrzeug 3000-Waldbrand vorgestellt wurde. Bezüglich des Fahrzeuges sei am 13.07.2025 auf HL-Live ein interessanter Bericht einschließlich Video veröffentlicht. AM Höfel empfiehlt die Kenntnisnahme. Hierzu spricht AM Mählenhoff.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

Anmerkung zur Niederschrift:

Link zum genannten HL-Live Artikel (Stand 16.07.2025): <https://www.hl-live.de/text.php?id=173925>

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Die Vorsitzende schließt um 17:34 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 17:35 Uhr von der Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Nach Wiedereintritt in den öffentlichen Teil teilt die Vorsitzende mit, dass der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung im nichtöffentlichen Teil keinen Beschluss gefasst habe. Die Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 17:53 Uhr.

Lübeck, den 26. November 2025

Silke Mählenhoff
Vorsitzende/r

Julia Matthäus
Protokollführung